



Antrag auf Erteilung / Verlängerung einer Duldung gem. § 60a AufenthG

Réquisition à intimation / reconduction d'une autorisation provisoire de séjour (conformément à l'article 60a AufenthG)

Familienname / Nom de famille	
Vorname(n) / Prénom	
Geschlecht / sexe	
Geburtsdatum / date de naissance	
Geburtsort / lieu de naissance	
Staatsangehörigkeit / nationalité	
Genaue Anschrift im Heimatland / adresse dans le pays d'origine	
Ich besitze einen Reisepass oder Passersatz / Je possède une passeport ou un substitut du passeport	☐ ja, ich besitze einen, Nr..... ☐ oui, je possède un....., n°:..... ☐ nein, ich besitze keinen Reisepass ☐ no, je ne possède pas du passeport ou substitut du passeport
Freiwillige Ausreise / départ volontaire	☐ Ich werde freiwillig bis zum aus dem Bundesgebiet ausreisen. ☐ Ich werde nicht freiwillig aus dem Bundesgebiet ausreisen, weil ☐ Je quitterai volontairement l'Allemagne d'ici le ☐ Je ne quitterai pas l'Allemagne volontairement, parce que....



Ich bestätige hiermit, dass ich von der Ausländerbehörde gem. § 49 AufenthG aufgefordert wurde, richtige Angaben zu meiner Identität und Staatsangehörigkeit zu machen. Ich versichere, dass die Angaben im vorstehenden Antrag richtig sind.

J'atteste par ma signature que j'ai été enjoint(e) par l'Office des étrangères, aux termes de l'art. 49 LSE, de fournir des renseignements exacts sur mon identité et ma nationalité. Je certifie l'exactitude des renseignements fournis dans la présente demande.

Ort, Datum
Lieu et date

Unterschrift
Signature



Belehrung

Passpflicht

Grundsätzlich muss ein Ausländer in Deutschland einen gültigen Pass oder Passersatz besitzen (**§ 3 Abs. 1 AufenthG**). Er ist verpflichtet, seinen Pass oder Passersatz auf Verlangen der Ausländerbehörde vorzulegen (**§ 48 Abs. 1 AufenthG**). Wer sich ohne Pass oder Ausweisersatz in der Bundesrepublik Deutschland aufhält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft (**§ 95 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG**).

Ein Ausländer, der keinen Pass oder Passersatz besitzt und diesen nicht erlangen kann, kann ein deutsches Ausweispapier (Ausweisersatz) erhalten. Hierzu muss er bei der zuständigen Ausländerbehörde einen Antrag stellen und konkret nachweisen, dass es ihm nicht möglich oder unzumutbar ist, sich einen Pass oder Passersatz zu beschaffen.

Besitzt der Ausländer keinen gültigen Pass oder Passersatz, muss er bei der Beschaffung des Identitätspapiers mitwirken, sowie alle Urkunden und sonstigen Unterlagen, die für die Feststellung seiner Identität und Staatsangehörigkeit von Bedeutung sein können und die er besitzt, der Ausländerbehörde vorlegen (**§ 48 Abs. 3 AufenthG**).

Verpflichtung zu wahren Angaben

Jeder Ausländer ist verpflichtet, gegenüber der Ausländerbehörde Angaben zu seinem Alter, seiner Identität (Name, Vornamen, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort und Wohnort) und Staatsangehörigkeit zu machen (**49 Abs. 2 AufenthG**).

Im Rahmen der Pass- bzw. Passersatzpapierbeschaffung ist es maßgeblich, dass Ihre Identität geklärt werden kann. Sie sind somit dazu verpflichtet wahrheitsgemäße Angaben zu Ihrer Person zu machen.

Wenn Sie unrichtige oder unvollständige Angaben machen, um Ihre Identitätsklärung zu verhindern,

- machen Sie sich nach den deutschen Gesetzen strafbar. Dies kann mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden (**§ 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG**)
- erfüllen Sie einen Ausweisungstatbestand (**§ 53 Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 54 Abs. 2 Nr. 10 AufenthG**). Dies hat zur Folge, dass Sie ausgewiesen werden können und Ihnen dann auch bei Vorliegen eines Anspruchs auf Erteilung eines Aufenthaltsrechts dieses nicht erteilt werden kann.

Das Gleiche gilt bei falschen oder unvollständigen Angaben zur Erlangung eines deutschen Aufenthaltstitels, eines Passersatzes oder der Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht.



Belehrung nach § 50 Abs. 4 AufenthG

Auf Grund Ihrer Ausreisepflicht sind Sie nach § 50 Abs. 4 AufenthG verpflichtet, jeden Wohnungswechsel und jedes Verlassen des Bezirks der Ausländerbehörde für **mehr als drei Tage** vorher der für Sie zuständigen Ausländerbehörde anzuzeigen. Wenn Sie gegen diese Verpflichtung verstoßen, müssen Sie damit rechnen, dass Sie in Sicherungshaft (Abschiebehaft) genommen werden (§ 62 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 3a Nr. 3 AufenthG).

Besondere Belehrung nach § 60b AufenthG

Gem. § 60b ist Ihnen bei der Beschaffung von Pass- oder Passersatzdokumenten regelmäßig zumutbar:

1. in der den Bestimmungen des deutschen Passrechts, insbesondere den §§ 6 und 15 des Passgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, entsprechenden Weise an der Ausstellung oder Verlängerung mitzuwirken und die Behandlung eines Antrages durch die Behörden des Herkunftsstaates nach dem Recht des Herkunftsstaates zu dulden, sofern dies nicht zu einer unzumutbaren Härte führt,
2. bei Behörden des Herkunftsstaates persönlich vorzusprechen, an Anhörungen teilzunehmen, Lichtbilder nach Anforderung anzufertigen und Fingerabdrücke abzugeben, nach der Rechts- und Verwaltungspraxis des Herkunftsstaates erforderliche Angaben oder Erklärungen abzugeben oder sonstige nach der dortigen Rechts- und Verwaltungspraxis erforderliche Handlungen vorzunehmen, soweit dies nicht unzumutbar ist,
3. eine Erklärung gegenüber den Behörden des Herkunftsstaates, aus dem Bundesgebiet freiwillig im Rahmen seiner rechtlichen Verpflichtung nach dem deutschen Recht auszureisen, abzugeben, sofern hiervon die Ausstellung des Reisedokumentes abhängig gemacht wird,
4. sofern hiervon die Ausstellung des Reisedokumentes abhängig gemacht wird, zu erklären, die Wehrpflicht zu erfüllen, sofern die Erfüllung der Wehrpflicht nicht aus zwingenden Gründen unzumutbar ist, und andere zumutbare staatsbürgerliche Pflichten zu erfüllen,
5. die vom Herkunftsstaat für die behördlichen Passbeschaffungsmaßnahmen allgemein festgelegten Gebühren zu zahlen, sofern es nicht für ihn unzumutbar ist und
6. erneut um die Ausstellung des Passes oder Passersatzes im Rahmen des Zumutbaren nachzusuchen und die Handlungen nach den Nummern 1 bis 5 vorzunehmen, sofern auf Grund einer Änderung der Sach- und Rechtslage mit der Ausstellung des Passes oder Passersatzes durch die Behörden des Herkunftsstaates mit



hinreichender Wahrscheinlichkeit gerechnet werden kann und die Ausländerbehörde ihn zur erneuten Vornahme der Handlungen auffordert.

Sie sind hiermit auf Ihre Pflichten im Sinne des § 60b Abs. 3 Satz 2 AufenthG hingewiesen worden.

Sollten Sie den unter Nr. 1, 2 und 6 genannten Verpflichtungen nicht nachkommen, bestehen bei Ihnen kraft Gesetzes konkrete Anhaltspunkte für Fluchtgefahr (§ 62 Abs. 3b Nr. 5 AufenthG). Die dadurch Begründete Fluchtgefahr führt dazu, dass Sie zur Sicherung der Abschiebung in Sicherungshaft genommen werden können (Abschiebehaft) (§ 62 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 AufenthG).

Belehrung zur Geltendmachung von krankheitsbedingten Abschiebehindernissen:

Grundsätzlich wird vermutet, dass der Abschiebung gesundheitliche Gründe nicht entgegenstehen (§ 60a Abs. 2c AufenthG).

Nach den Bestimmungen des § 60a Abs. 2c und 2d AufenthG werden Sie drauf hingewiesen, dass Sie im Falle einer Erkrankung die zu krankheitsbedingten Abschiebehindernissen führen könnte, eine qualifizierte ärztliche Bescheinigung eines Facharztes mit der Tatsacherhebung, fachlich medizinischen Beurteilung des Krankheitsbildes (Diagnose), des Schweregrad der Erkrankung und dessen voraussichtlichen Folgen vorlegen müssen. Dies dient lediglich zur Feststellung der Reisefähigkeit bzw. Reiseunfähigkeit.

Bei Vorliegen der Bescheinigung ist diese unverzüglich in der Ausländerbehörde des Landratsamtes Rosenheim vorzulegen (§ 60a Abs. 2d Satz 1 AufenthG). Wenn die Vorlage unverschuldet verspätet erfolgt, muss diese nicht berücksichtigt werden (§ 60a Abs. 2d Satz 2 AufenthG). Die lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankung muss sich durch die Abschiebung wesentlich verschlechtern. Ärztlichen Untersuchungen, die seitens der Ausländerbehörde angeordnet werden, sind Folge zu leisten. Bei Weigerung kann die Erkrankung unberücksichtigt bleiben (§ 60a Abs. 2d Satz 3 AufenthG).

Sollten Sie einer Anordnung zur ärztlichen Untersuchung durch eine Behörde nicht nachkommen, bestehen bei Ihnen kraft Gesetzes konkrete Anhaltspunkte für Fluchtgefahr (§ 62 Abs. 3b Nr. 5 AufenthG). Die dadurch begründete Fluchtgefahr führt dazu, dass Sie zur Sicherung der Abschiebung in Sicherungshaft genommen werden können (Abschiebehaft) (§ 62 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 AufenthG).

Der Erhalt der Belehrung wird hiermit bestätigt:

(Ort, Datum)

(Unterschrift)



Information

Obligation de passeport

En règle générale, tout étranger en Allemagne doit être en possession d'un passeport en cours de validité ou d'un document tenant lieu de passeport (**§ 3 (1) AufenthG/Loi allemande sur le séjour des étrangers**). Il doit présenter son passeport ou le document tenant lieu de passeport à la demande du Service des Etrangers (§ 48 (1) AufenthG). Quiconque séjourne en République fédérale d'Allemagne sans être en possession d'un passeport ou d'un document tenant lieu de passeport est passible d'une peine privative de liberté d'un maximum d'un an ou d'une amende (§ 95 (1) n° 1 AufenthG).

Un étranger qui ne possède ni passeport ni document tenant lieu de passeport et ne peut pas en obtenir, pourra toutefois obtenir une pièce d'identité allemande (document tenant lieu de carte d'identité). Pour ce faire, il devra déposer une demande auprès du Service des étrangers compétent et fournir des preuves concrètes qu'il n'est pas en mesure ou qu'il ne peut raisonnablement être exigé de lui d'obtenir un passeport ou d'un document tenant lieu de passeport.

Si l'étranger ne possède pas de passeport en cours de validité ni de document tenant lieu de passeport, il devra coopérer à l'obtention d'une pièce d'identité et présenter au Service des étrangers tous autres actes et documents qui s'avèrent pertinents pour déterminer son identité et sa nationalité et qui sont en sa possession (§ 48 (3) AufenthG).

Obligation de fournir des renseignements exacts

Tout étranger est tenu de fournir des renseignements exacts au Service des étrangers concernant son âge, son identité (nom, prénom, nom de naissance, date de naissance, lieu de naissance et domicile) et sa nationalité (**§ 49 (2) AufenthG**).

Dans le cadre de l'obtention d'un passeport ou d'un document tenant lieu de passeport, il importe de pouvoir clarifier votre identité. Vous êtes par conséquent tenu de fournir des informations véridiques sur votre personne.

Si vous fournissez des renseignements inexacts ou incomplets pour empêcher la clarification de votre identité,

- vous vous rendez punissable selon la législation allemande et encourez une peine privative de liberté d'un maximum de trois ans ou une amende (**§ 95 (2) n°2 AufenthG**)
- vous réunissez les éléments constitutifs d'une infraction entraînant l'expulsion (**§ 53 (1) AufenthG en rapport avec le § 54 (2) n° 10 AufenthG**). En conséquence, vous pouvez être expulsé et risquez que le droit de séjour vous soit refusé, même si vous avez le droit de vous voir octroyer un droit de séjour.



Il en est de même pour des renseignements inexacts ou incomplets fournis dans le but d'obtenir un titre de séjour allemand, un document tenant lieu de passeport ou l'autorisation d'une exception à l'obligation de passeport.

Informations conformément au § 50 (4) AufenthG

En raison de votre obligation de quitter le territoire allemand, vous êtes tenu, en vertu du § 50 (4) AufenthG, d'informer préalablement le Service des étrangers compétent pour votre personne si vous déménagez et si vous quittez la circonscription du Service des étrangers pour **plus de trois jours**. Si vous violez cette obligation, vous devez vous attendre à être placé en détention (rétention administrative en vue d'une expulsion) (§ 62 (3) phrase 1, n° 1 en relation avec § 62, (3 bis) n° 3, AufenthG).

Informations particulières conformément au § 60b AufenthG

Conformément au. § 60b il peut raisonnablement être exigé de vous pour l'obtention d'un passeport ou d'un document tenant lieu de passeport :

7. De collaborer à la délivrance ou à l'extension du document de la manière énoncée dans les dispositions du droit allemand sur les passeports, notamment aux §§ 6 et 15 de la loi sur les passeports tels que respectivement modifiés, et de tolérer le traitement d'une demande par les autorités du pays d'origine conformément à la loi du pays d'origine, à moins que cela cause un cas d'extrême détresse,
8. De vous présenter personnellement auprès des autorités du pays d'origine, de participer aux auditions, de vous photographier sur demande et de donner vos empreintes digitales, de fournir les renseignements et déclarations nécessaires conformément à la pratique juridique et administrative du pays d'origine ou de prendre toute autre mesure requise conformément à la pratique juridique et administrative sur place, dans la mesure où cela peut être raisonnablement exigé,
9. De déposer une déclaration auprès des autorités du pays d'origine vous engageant à quitter le territoire fédéral de votre propre gré dans le cadre de votre obligation légale en vertu du droit allemand, dans la mesure où la délivrance du titre de voyage y est subordonnée,
10. Si la délivrance du titre de voyage y subordonnée, de déclarer être disposé à effectuer le service militaire obligatoire, dans la mesure où le service militaire obligatoire peut être raisonnablement exigé pour des raisons impératives, et de remplir toutes autres obligations civiques raisonnables,
11. De payer les frais généralement fixés par le pays d'origine pour les mesures administratives d'obtention de passeports, dans la mesure où cela peut être raisonnablement exigé, et
12. De solliciter une nouvelle fois la délivrance d'un passeport ou d'un document tenant lieu de passeport dans des limites raisonnables et de prendre les mesures



prévues aux numéros 1 à 5, dans la mesure où la délivrance d'un passeport ou d'un document tenant lieu de passeport par les autorités du pays d'origine est escomptée avec une probabilité suffisante en raison d'un changement de la situation factuelle et juridique, et si le Service des étrangers vous demande de répéter ces mesures

Vous avez à présent été informé/e de vos obligations au sens de l'article 60b (3), phrase 2, AufenthG.

Si vous ne vous conformez pas aux obligations énoncées aux n° 1, 2 et 6, votre situation présente selon la loi des indices concrets qui permettent de conclure à un risque de fuite (§62 (3b) n° 5 AufenthG). Ce risque de fuite ainsi justifié signifie que vous pouvez être placé en détention pour garantir votre expulsion (rétention administrative) (§62 (3) phrase 1, n° 1 AufenthG).

Informations pour faire valoir des obstacles à l'expulsion pour cause de maladie:

Il est généralement présumé que l'expulsion n'est pas en conflit avec des raisons de santé (§ 60a (2c) AufenthG).

Conformément aux dispositions du § 60a (2c) et (2d) AufenthG, nous vous informons qu'en cas de maladie pouvant entraîner des obstacles à l'expulsion pour cause de maladie, il vous faudra présenter un certificat médical officiel, délivré par un médecin spécialiste, comportant l'évaluation factuelle, une expertise médicale professionnelle des symptômes (diagnostic), le degré de gravité de la maladie et ses conséquences probables. Cela ne sert qu'à déterminer l'aptitude ou l'incapacité de voyager.

Dès que le certificat est disponible, il doit être présenté sans délai au Service des étrangers de la direction administrative de la commune de Rosenheim (§ 60a (2d) phrase 1 AufenthG). Si le certificat est présenté en retard sans responsabilité de votre part, il n'en sera pas tenu compte (§ 60a (2d) phrase 2 AufenthG). Toute maladie mortelle ou grave doit se détériorer considérablement suite à l'expulsion. Il faudra se conformer à tous les examens médicaux exigés par le Service des étrangers. Si le patient refuse de s'y conformer, la maladie pourra ne pas être prise en compte (§60a (2d) phrase 3 AufenthG).

Si vous ne vous conformez pas à une ordonnance officielle d'examen médical, votre situation présente selon la loi des indices concrets qui permettent de conclure à un risque de fuite (§62 (3b) n° 5 AufenthG). Ce risque de fuite ainsi justifié signifie que vous pouvez être placé en détention pour garantir votre expulsion (rétention administrative) (§62 (3) phrase 1, n° 1 AufenthG).

Je confirme avoir reçu les informations ci-dessus :

(Lieu et date)

(Signature)